



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gerd Mannes AfD**
vom 05.12.2023

Aussagen zum Wiedereinstieg in die Kernenergie im Rahmen der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 5. Dezember 2023

Ministerpräsident Dr. Markus Söder forderte in seiner Regierungserklärung am 5. Dezember 2023 einen Wiedereinstieg in die Kernenergie. Er sprach wörtlich u. a. von „kleineren Reaktoren, die Atommüll verarbeiten können“ sowie von Kernfusion.¹ Diese energiepolitische Kehrtwende wirft schwerwiegende Fragen auf, weil sich der Ministerpräsident in der Vergangenheit als vehementer Gegner der Kernkraft darstellte.²

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Steht die Staatsregierung hinter dem plötzlichen Bekenntnis des Ministerpräsidenten zur Kernenergie, obwohl dies dem auf Bundesebene beschlossenen Atomausstieg widerspricht? 3
2. Fordert die Staatsregierung konkret die Abschaffung der entsprechenden Regelungen im Atomgesetz, mit denen der Ausstieg aus der Kernenergie auf Bundesebene gesetzlich festgeschrieben wurde? 3
3. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um auf Bundesebene einen Wiedereinstieg in die Kernenergie zu ermöglichen? 3
4. Wie bewertet die Staatsregierung die Tatsache, dass der Ministerpräsident noch im Jahr 2011 für den Fall des Weiterbetriebs der Kernkraftwerke mit seinem Rücktritt drohte, nun jedoch den Wiedereinstieg und sogar massiven Ausbau der Kernkraft fordert? 3
5. Welche Reaktortechnologien können nach Kenntnis der Staatsregierung bestehenden Atommüll energetisch verwerten, wie es der Ministerpräsident in seiner Rede darstellte? 4
6. Welche konkreten Technologien bzw. Forschungsprojekte wird die Staatsregierung im Bereich Kerntechnik finanziell unterstützen? 4
7. In welcher Höhe wird die Staatsregierung Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich Kerntechnik bereitstellen? 4

1 https://www.bayern.landtag.de/plon-webanzeige/views/ondemand/ondemand-playlist-param.html?playlist=https://www1.bayern.landtag.de/streamingservice/jsonmetafiles/wp19/19_576/meta_vod_46299.json&startId=1

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13395920/Streit-um-Atomausstieg-Soeder-droht-mit-Ruecktritt.html>

8.	Wird die Staatsregierung an bayerischen Hochschulen neue Lehrstühle für Kerntechnik einrichten?	4
	Hinweise des Landtagsamts	5

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und der Staatskanzlei vom 27.02.2024

- 1. Steht die Staatsregierung hinter dem plötzlichen Bekenntnis des Ministerpräsidenten zur Kernenergie, obwohl dies dem auf Bundesebene beschlossenen Atomausstieg widerspricht?**
- 2. Fordert die Staatsregierung konkret die Abschaffung der entsprechenden Regelungen im Atomgesetz, mit denen der Ausstieg aus der Kernenergie auf Bundesebene gesetzlich festgeschrieben wurde?**
- 3. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um auf Bundesebene einen Wiedereinstieg in die Kernenergie zu ermöglichen?**

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Staatsregierung fordert von der zuständigen Bundesregierung bereits seit Längerem, alle zur Verfügung stehenden Stromerzeugungstechnologien für eine tragfähige energiepolitische Strategie zur Gewährleistung gesicherter Kraftwerksleistung vorurteilsfrei zu berücksichtigen. Im Rahmen dieser vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz seit Langem angekündigten, aber nach wie vor nicht vorgelegten „Kraftwerksstrategie“ sind von der Bundesregierung alle betroffenen energiepolitisch relevanten bundesgesetzlichen Regelungen, wozu auch das Atomgesetz gehört, auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Sinne wird sich die Staatsregierung auch weiterhin in die energiepolitische Diskussion auf Bundesebene einbringen, um den Bund auf die Gewährleistung einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung zu verpflichten.

- 4. Wie bewertet die Staatsregierung die Tatsache, dass der Ministerpräsident noch im Jahr 2011 für den Fall des Weiterbetriebs der Kernkraftwerke mit seinem Rücktritt drohte, nun jedoch den Wiedereinstieg und sogar massiven Ausbau der Kernkraft fordert?**

Die aktuellen energie- und geopolitischen Rahmenbedingungen weichen erheblich von den damaligen ab. Zu nennen sind hier insbesondere das Übereinkommen der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 sowie die darauf folgenden, verschärften Klimaschutzziele der EU, des Bundes und auch Bayerns sowie die sich aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine ergebenden massiven strukturellen Verschiebungen im Energiesektor. Die Kernkraft kann bei diesen verschärften Herausforderungen eine Rolle im Energiemix Deutschlands spielen, sowohl mit Blick auf den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit sowie insbesondere auch zur Sicherung wettbewerbsfähiger Strompreise. In der gegenwärtigen Situation auf diese Technologie zu verzichten, ist aus Sicht der Staatsregierung nicht sinnvoll.

5. Welche Reaktortechnologien können nach Kenntnis der Staatsregierung bestehenden Atommüll energetisch verwerten, wie es der Ministerpräsident in seiner Rede darstellte?

Die Staatsregierung pflegt den laufenden Austausch mit Expertinnen und Experten zu Fragen neuartiger Kerntechnologien, sog. alternativen Reaktorkonzepten, und im Bereich Kernfusion.

Die Staatsregierung fördert grundsätzlich eine technologieoffene Vorgehensweise.

6. Welche konkreten Technologien bzw. Forschungsprojekte wird die Staatsregierung im Bereich Kerntechnik finanziell unterstützen?

7. In welcher Höhe wird die Staatsregierung Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich Kerntechnik bereitstellen?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Bereich der außeruniversitären Grundlagenforschung unterstützt das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP). Insgesamt wird das IPP bisher wie künftig von Bund, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern jährlich institutionell gefördert. Im Jahr 2023 belief sich diese Förderung auf insgesamt 125,640 Mio. Euro, davon Bund: 113,583 Mio. Euro, Mecklenburg-Vorpommern: 5,681 Mio. Euro und Bayern: 6,376 Mio. Euro.

Die Bereitstellung entsprechender Mittel für eine technologieoffene Forschung und Lehre erfolgt im Rahmen des derzeit noch laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens zum Doppelhaushalt 2024/2025.

8. Wird die Staatsregierung an bayerischen Hochschulen neue Lehrstühle für Kerntechnik einrichten?

Es wird auf den von der Staatsregierung am 28. September 2023 veröffentlichten Bayerischen Masterplan zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien verwiesen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fussnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.